

GEFÄNGNIS VON BRÜGGE ÜBERFÜLLT:

Drei Inhaftierte in einer Zelle für eine Person

Im Gefängnis in Brügge sitzen jetzt drei Häftlinge in einer Zelle, die normalerweise für eine Person gedacht ist. Es mangelt auch an Geschirr, Kleidung und Infrastruktur. Weil die Inhaftierten so eng zusammenleben, kam es in den letzten Wochen auch zu einer größeren Anzahl an Konflikten.



{...}.

Das liegt daran, dass die Inhaftierten 23 Stunden am Tag zusammen in einer acht Quadratmeter großen Zelle verbringen.

{...}.

„Das Mindeste, was wir tun können, ist, den Menschen anständige Kleidung und Geschirr zu geben, aber selbst das haben wir nicht“, erklärt Peter Millecam vom ACV. „Die Lage ist ernst.“

LÖSUNG

Der Gefängnisdienst gibt zu, dass er über die Situation im Gefängnis von Brügge informiert ist. „Wir sind uns dessen bewusst“, antwortete Sprecherin Kathleen Van De Vijver. „Es gibt keine magische Lösung. Wir versuchen, die Häftlinge soweit wie möglich zu verteilen, aber es werden sehr viele Menschen inhaftiert. Deshalb wollen wir die Häftlinge in erster Linie menschenwürdig unterbringen.“ Das Gefängnis von Brügge beherbergt auch Insassen aus dem Gefängnis

von Ypern, das zurzeit renoviert wird. „Nächstes Jahr im Januar wird es dort wieder Platz für 168 Personen geben. In Kürze wird auch das Gefängnis von Dendermonde eröffnet, es bietet 300 Plätze. Außerdem werden wir täglich prüfen, ob Inhaftierte in die Haftanstalt in Kortrijk gebracht werden können“, so Van De Vijver.

Polen hat 80 Prozent der LGBTQ+-freien Zonen aufgehoben: Gewinnt die EU?



Bild © Attila Husejinow / SOPA Images/SipaUSA

In Polen wurden etwa 80 Prozent der sogenannten „LGBTQ+-freien Zonen“ abgeschafft. Eine Kommunalverwaltung nach der anderen hebt den Status auf. Damit scheint die Europäische Union einen Sieg über Polens konservative Regierung errungen zu haben.

Es begann im Jahr 2019: Damals erklärten sich mehrere lokale Gemeinden zu „LGBTQ+-ideologiefreien Zonen“. LGBTQ+-Menschen seien in einer solchen „freien Zone“ natürlich willkommen, aber es ist ihnen nicht gestattet, ihre „Ideologie“ zur Schau stellen. {...}.

KOLLISIONSKURS MIT BRÜSSEL

Auf dem „Höhepunkt“ war ein

Drittel des polnischen Staatsgebiets LGBTQ+-freie Zone. Das brachte Polen auf Kollisionskurs mit der EU. Laut Brüssel sind die Zonen diskriminierend und verstoßen damit gegen die EU-Vorschriften. Brüssel drohte, den Geldhahn zuzudrehen.

„NICHT ZU FRÜH JUBELN!“ LGBTQ+-Personen sollten nicht zu früh jubeln, meint David Socha, ein homosexueller 20-jähriger

Pole, dessen Heimatstadt in einer „homo-freien Zone“ liegt. Ja, einige Kommunen schaffen ihre LGBTQ+-freien Zonen tatsächlich ab, aber an anderen Orten werden diese Zonen nur auf dem Papier gestrichen, während die Politik fortgesetzt wird. „Dort wird zum Beispiel nur der Name geändert: Sie verwenden den Begriff „LGBTQ+“ nicht mehr und ersetzen ihn durch „traditionelle Werte“ oder „Familienwerte““.



Am heutigen Tag hat die Pressefreiheit in Ungarn einen weiteren schweren Schlag erlitten

Gegen Mitternacht wird es ruhig auf der UKW-Frequenz 92,9 in Ungarn. Der größte unabhängige Radiosender des Landes – Klubrádió – verliert nach jahrelangem Kampf mit den ungarischen Behörden seinen Platz als Radiosender. Damit verschwindet eine der letzten kritischen Stimmen aus der ungarischen Medienlandschaft.

Laut der Medienaufsichtsbehörde, die von Vertrauten von Ministerpräsident Orbán geleitet wird, wurden administrative Fehler gemacht. Deshalb wird der UKW-Kanal freigegeben; zwei regierungstreue Unternehmen haben sich bereits gemeldet, um den Platz zu übernehmen. Welche Fehler jedoch genau gemacht wurden, ist dem Management von Klubrádió ein Rätsel. Unabhängige ungarische Jour-

nalistinnen und Journalisten können sich jedoch vorstellen, warum der Sender vom Netz genommen wurde: Er übte zu viel Kritik an Orbáns Fidesz-Regierung. Deshalb musste und sollte Klubrádió der Hahn zuge dreht werden, wie es zuvor schon bei Zeitungen und Nachrichtenseiten wie Index, Origo und Népszabadság der Fall war. {...}.

In Malta herrschen mehr Korruption und Straffreiheit denn je zuvor



Bild mike-nahli

„Es gibt mehr Beweise denn je zuvor für Korruption in Malta, aber niemand wird strafrechtlich verfolgt“, so Matthew Caruana Galizia. Der Sohn der ermordeten maltesischen Journalistin Daphne Cuarana Galizia zeichnet ein düsteres Bild von dem EU-Mitgliedstaat, der ein Steuerparadies für Hunderte von Belgier und Belgierinnen ist.

Letztes Jahr kam eine unabhängige Untersuchungskommission zu dem Schluss, dass die maltesische Regierung für den Mord an Daphne Cuarana Galizia mitverantwortlich sei, weil das Land an einer

„Kultur der Straflosigkeit“ litte. „Fast jede Woche gibt es neue Beweise für Korruptionspraktiken in Malta. Heute mehr denn je. Aber in den letzten 30 Jahren wurde hier niemand wegen Korruption verfolgt.

Nicht, weil es zu wenig Beweise gäbe, sondern weil eine Kultur der Straflosigkeit vorherrscht.

Actief Actueel-5

5 • NACHRICHTEN • Ausland • GRIECHENLAND • Übersetzt aus dem EN

Euractiv, Sarantis Michalopoulos • Dienstag, 28. Februar 2023

Copyright Europäische Union, 2023



Europäische Kommission besorgt über die Unabhängigkeit der Justiz in Griechenland

Die Europäische Kommission hat Bedenken hinsichtlich der Unabhängigkeit des griechischen Justizsystems geäußert, nachdem ein Bericht aufgedeckt hatte, dass im Rahmen der laufenden Ermittlungen zum Abhörskandal versucht worden war, die Prüfung eines nicht genehmigten Dienstes zu blockieren.

Im Dezember 2022 berichtete EURACTIV (eine Nachrichtenwebsite), dass die griechische Agentur für Kommunikationssicherheit und

Datenschutz (ADAE) – Griechenlands Datenschutzbehörde – eine Kontrolle durchführen wollte. Dies geschah auf Antrag von zwei Personen, die herausfinden wollten, ob sie von den Geheimdiensten überwacht werden.

EURACTIV berichtete, dass der Staatsanwalt des Obersten Gerichtshofs Griechenlands versucht haben soll, die Prüfung mit dem Argument zu blockieren, dass sie illegal sei.

Unmittelbar nach der Veröffentlichung des Artikels erklärte der Staatsanwalt, er habe lediglich eine „Meinung“ geäußert, während er einige Wochen später betonte, dass die ADAE nicht berechtigt sei, solche Prüfungen durchzuführen, was zu einer heftigen Reaktion mehrerer Richter, politischer Parteien und des Europäischen Parlaments führte.

NACHRICHTEN ZEITUNG • 6

6 • GROSSE NEUIGKEITEN • aktuelle Themen

Radio2, Greet Swimberghe • Dienstag, 27. September 2022

Grundschule in Maldegem wird international:

„Nicht nur Studierende an den Universitäten, auch wir setzen auf Erasmus“

Die Grundschule De Driesprong in Maldegem macht gemeinsam mit dem SBSO 't Vurstjen aus Evergem ein internationales Jahr. Die Schulen haben ein Dossier für ein Erasmus-Projekt eingereicht und wurden zugelassen. Deshalb erhalten beide Schulen in diesem Jahr Geld aus Europa für den Austausch mit Spanien, Portugal und Serbien. „Erasmus ist also nicht nur für Studierende an der Universität“, lacht Evy Sierens von De Driesprong. „Auch wir gehen dieses Jahr mit unseren Schülerinnen und Schülern ins Ausland.“



■ Evy Sierens von der GO! Grundschule De Driesprong in Maldegem ist begeistert, als wir sie anrufen. Sie wartet am Flughafen darauf, um eine Gruppe von portugiesischen Kindern und Lehrkräften zu begrüßen: „Die spanische Delegation ist bereits in Belgien. Wir arbeiten gemeinsam an einem Erasmus-Projekt: zwei spanische, zwei portugiesische und zwei belgische Schulen.“ {...}.

Gemeinsam arbeiten sie rund um das Thema „Spiele“. „Wir möchten Spiele mit Migrationshintergrund und Spiele aus der Vergangenheit teilen.“ {...}.

Europäische Mittel

Evy Sierens zufolge sind De Driesprong und 't Vurstjen immer noch relativ einzigartig

in Belgien, aber eigentlich kann jede Grundschule am Erasmus-Programm teilnehmen. „Alles, was man tun muss, ist ein Dossier mit den Zielen und den Dingen, die man mit dem Projekt erreichen will, einzureichen. Wenn das genehmigt wird, wird alles von Europa finanziert und die Kinder und Lehrkräfte können kostenlos in diese Länder reisen.“

Unverantwortlich interessant STANDAARD 7

7 • GROSSE NEUIGKEITEN • aktuelle Themen

De Standaard, Jörn De Cock • Dienstag, 9. Mai 2023

EU sagt Party ab aufgrund des unerwünschten Gastes Ben-Gvir

Der Europatag wird heute ohne einen diplomatischen Empfang in Tel Aviv stattfinden müssen. Die israelische Regierung bestand darauf, den rechtsextremen Unruhestifter Itamar Ben-Gvir zur EU-Party zu schicken, worauf hin Brüssel diese wegen „entgegengesetzter Werte“ absagte.



Copyright: Europäische Union, 2023

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit Isaac Herzog, Präsident von Israel.

--- Seit über einer Woche tobt die Debatte um Ben-Gvirs Teilnahme am Empfang der europäischen Botschafter in Tel Aviv anlässlich des Europatags am Dienstag. Die Netanjahu-Regierung erhielt die ausdrückliche Botschaft, dass Ankunft und Rede des rechtsextremen Unruhestifters ein diplomatisches Problem darstelle. Ben-Gvir ist Israels Minister für nationale Sicherheit. Ministerpräsident Benjamin Netanjahu weigerte sich jedoch, einen anderen Minister zu entsenden, was dem geplanten Empfang den Anschein eines Armdrückens verlieh. Die EU-Botschafterinnen

und -Botschafter in Israel durchrennten gestern in Absprache mit Brüssel den gordischen Knoten. Der diplomatische Empfang wird abgesagt, „weil wir niemandem eine Plattform geben wollen, dessen Ansichten nicht mit den Werten übereinstimmen, für die die EU steht“, heißt es in einer Mitteilung. Nur die kulturelle Veranstaltung rund um den Europatag wird stattfinden. {...}.

Kniefall von Brüssel

Netanjahu ist darüber hinaus selbst noch immer nicht im Weißen Haus von Präsident Joe Biden willkom-

men. Möglicherweise rechnete die israelische Regierung aus diesem Grund umso mehr mit einer Kniefall von Brüssel. In den letzten Wochen hatten europäische Politiker und Politikerinnen – von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bis zum Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell – ein bemerkenswertes Lob für Israel ausgesprochen, obwohl sich das Land nach Meinung vieler seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger in einer existenziellen demokratischen Krise befindet.

Gleiche Preisgelder für Frauen und Männer bei allen Frühjahrsrennen der Flanders Classics



Das Closing the Gap-Projekt der Partner Flanders Classics und KPMG schaltet noch einen Gang höher. Bei allen Frühjahrsrennen im Portfolio des Veranstalters Flanders Classics wird das Preisgeld für Männer und Frauen gleich hoch sein.

„Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen.“

Das 2020 gestartete Projekt „Closing the Gap“ zielt darauf ab, die Ungleichheit der Geschlechter im Radsport Schritt für Schritt zu beseitigen. Das große Ziel: die weitere Professionalisierung des Frauenradsports. {...}

„Vor drei Jahren hatten wir bereits die langfristige Strategie angekündigt: Bis 2023 wollten wir das Preisgeld für alle Frühjahrsrennen angleichen, und was man verspricht, muss man auch halten“, erklärt Tomas Van Den Spiegel (Flanders Classics).

„Für uns ist das das Sahnehäubchen, ein Teil eines größeren Ganzen. Wir haben bereits daran gearbeitet, die Startgebühren zu aktualisieren, unsere Wettkämpfe zu verbessern sowie die Medienberichterstattung und Sendezeiten zu erweitern.“

„Bei den Preisgeldern darf man jedoch nicht hinterherhinken und wir wollen zeigen, dass das die Richtung ist, die wir einschlagen. Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen.“

